

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Uwe Schulz, Leif-Erik Holm, Dr. Malte Kaufmann, Enrico Komning, Dr. Michael Ependiller, Robert Farle, Bernd Schattner, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von Drittstaaten

Aufgrund der wirtschaftlichen Maßnahmen im Zuge der Corona-Krise und der dadurch entstandenen globalen Lieferengpässe und des gegenwärtigen Ukraine-Krieges, dessen Folgen für die deutsche Wirtschaft noch nicht abgeschätzt werden können, sind nicht nur die Energiepreise in eine für die Verbraucher (private als auch Industrie und Handelsunternehmen) inakzeptable Höhe gestiegen, sondern auch die Rohstoffpreise. Tatsächlich führt vor allem der Ukraine-Krieg Deutschland deutlich vor Augen, dass die deutsche Wirtschaft ebenso wie die deutsche Gesellschaft von Rohstoffen und Wirtschaftsgütern vor allem aus der Russischen Föderation, der Ukraine, aus China und anderen Drittstaaten stark abhängig ist.

Deutschland bezieht von seinem wichtigsten Handelspartner, der Volksrepublik China, vor allem Rohstoffe und Handelsgüter für Industrie und Handelsunternehmen, die die deutsche Wirtschaft dringend benötigt (https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/02/PD22_068_51.html). Vor allem Spezialmetalle (z. B. Kobalt, Nickel, Lithium oder Seltene Erden wie Yttrium) werden maßgeblich in der deutschen Industrie verarbeitet und weiterverarbeitet und sind nach Ansicht der Fragesteller aufgrund der gegenwärtigen Umstände und Engpässe als Mangelware und wirtschaftlicher Hemmschuh anzusehen (vgl. dazu <https://www.zdf.de/politik/berlin-direkt/berlin-direkt-vom-20-maerz-2022-100.html>, ab Minute 18.00). Vor allem die als Beispiel genannten Spezialmetalle sind maßgeblich und als ausschlaggebend für die Umsetzung der von der Bundesregierung forcierten Energiewende anzusehen (ebd.).

Als Beispiel für weitere Spezialmetalle in der deutschen Industrie sind vor allem auch Magnesium oder Silizium zu nennen. Deutschland als auch Europa sind besonders stark von Magnesiumausfuhren aus der Volksrepublik China abhängig, weil diese bis zu 95 Prozent des Magnesiumbedarfs in Europa decken (<https://www.recyclingmagazin.de/2021/11/03/versorgung-mit-metallen-wird-schwieriger/>). „Magnesium steht seit 2017 auf der Liste der kritischen Rohstoffe der EU. Die Europäische Kommission hatte dies im September 2020 nochmals bekräftigt. Politisch-strategische Überlegungen und Maßnahmen zur Sicherstellung des Lieferflusses blieben bislang jedoch aus“ (ebd.). Aufgrund der weltweiten Verknappung der Rohstoffe (Metalle) sind vor allem im Hinblick auf die Magnesiumimporte bereits Rekordpreise auf den internationalen Börsen für solche Metalle zu bezahlen (ebd.). Dieser Umstand führt nach Ansicht der Fragesteller zu einer weltweiten Marktverzerrung und zu einer weiteren starken Beeinträchtigung der Lieferketten. Inzwischen meldet die verarbeitende Industrie erste Produktionsdrosselungen aufgrund des Magnesiummangels, der, nach

Ansicht der Fragesteller, durch den Ukraine-Krieg und dessen unabsehbaren Folgeerscheinungen, weiter befeuert wird (ebd.).

Die ausgesprochenen Drohungen der USA gegenüber chinesischen Unternehmen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg und die etwaig daraus folgenden Exportbeschränkungen Chinas könnten nach Einschätzung der Fragesteller die deutsche Wirtschaft generell zum Erliegen bringen (<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/sanktionen-usa-china-russland-schwarze-liste-huawei-ukraine-krieg-101.html>).

Die starke wirtschaftliche Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft im Hinblick auf Industrierohstoffe, industrielle Basis- und Spezialmetalle, verarbeitete und weiterverarbeitete Rohstoffe aus der Volksrepublik China ist durch die Kennzahlen des Handelsvolumens mit der Volksrepublik China deutlich ersichtlich, und stellen sich wie folgt dar: Gesamthandelsvolumen mit der Volksrepublik China in Höhe von 254,4 Mrd. Euro; davon deutsche Exporte in die Volksrepublik China in Höhe von 103,6 Mrd. Euro (somit an dritter Stelle der deutschen Exportleistungen); Importe aus der Volksrepublik China in Höhe von 141,8 Mrd. Euro (somit an erster Stelle der deutschen Importleistungen) (<https://www.zdf.de/politik/berlin-direkt/berlin-direkt-vom-20-maerz-2022-100.html>).

Nach Ansicht der Fragesteller könnte Deutschland zum Beispiel durch Recycling von Industrie-, Basis- und Spezialmetallen nicht nur die deutsche Abhängigkeit von Rohstoffimporten aus China und der Russischen Föderation deutlich reduzieren, sondern Deutschland könnte auch zu einem „Rohstoffland“ aufsteigen. Rohstoffen, industriellen Basis- und Spezialmetallen, die zum Beispiel in der Kommunikationsindustrie eingesetzt werden, kommt eine immense geopolitische Bedeutung zu, für die aber nach Auffassung der Fragesteller in Deutschland noch kein wirkungsvolles Nachhaltigkeitsmanagement mit geschlossenen Kreisläufen auf den Weg gebracht worden ist. Vor diesem Hintergrund könnte Deutschland nach Auffassung der Fragesteller durch Recycling von Industrierohstoffen, Basis- und Spezialmetallen seine wirtschaftliche Eigenständigkeit und Souveränität forcieren und implementieren.

Die deutsche Wirtschaft, welche maßgeblich für den Wohlstand in Deutschland verantwortlich ist, ist nach Ansicht der Fragesteller sehr fragil. Diese Fragilität wird augenscheinlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass aufgrund der starken Abhängigkeit von Drittstaaten, vorrangig hier die Volksrepublik China, die Souveränität und wirtschaftliche Eigenständigkeit Deutschlands nicht mehr gegeben scheint. Die Bundesregierung hat, vor allem in wirtschaftlichen Krisen, die Aufgabe, sich dieser Umstände anzunehmen, diese zu bewerten und Lösungsvorschläge der deutschen Bevölkerung, Wirtschaft und Industrie aufzuzeigen (https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/bevoelkerungsschutz/leitfaden-krisekommunikation.pdf?__blob=publicationFile&v=4).

Dass sich ein Rohstoffmangel aufgrund von Lieferengpässen der globalen Lieferketten abzeichnen würde, war nach Auffassung der Fragesteller schon vor der Bundestagswahl im September 2021 absehbar (vgl. dazu auch <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2021/heft/7/beitrag/lieferengpaesse-behindern-produktion.html>). Dennoch wurden keine geeigneten und gezielten Maßnahmen durch die Bundesregierung ergriffen, sodass sich aufgrund der kriegerischen Auseinandersetzung (Russische Föderation vs. Ukraine) die Rohstoff- und Lieferkettenengpässe deutlich zeigen und die Verteuerung weiter befeuert.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Rohstoffe für die deutsche verarbeitende und weiterverarbeitende Industrie und Wirtschaft werden nach Kenntnis der Bundesregierung aus China und anderen Drittstaaten importiert, und in welcher Höhe schlagen sich diese Importe auf das deutsche Bruttoinlandsprodukt nieder (bitte nach Drittstaaten und Gütern bzw. Rohstoffen aufschlüsseln)?
2. Welche Produkte und Waren, die aus der Verarbeitung und Weiterverarbeitung von importierten Rohstoffen aus China und anderen Drittstaaten in Deutschland produziert und hergestellt werden, werden nach Kenntnis der Bundesregierung von deutschen Industrie- und Wirtschaftsunternehmen exportiert, und in welcher Höhe schlagen sich diese Exporte auf das deutsche Bruttoinlandsprodukt nieder?
3. Ist der Bundesregierung bekannt, dass sich Deutschland in einer starken wirtschaftlichen Abhängigkeit von chinesischen und anderen ausländischen (Drittstaaten) Rohstofflieferungen befindet, und wie konkret bewertet die Bundesregierung die gegenwärtige globale Wirtschaftsabhängigkeit und Wirtschaftspolitik Deutschlands vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges?
4. Plant die Bundesregierung konkrete wirtschafts- und handelspolitische Strategien im Hinblick auf eine Abkoppelung der wirtschaftlichen Abhängigkeiten der deutschen Industrie und Wirtschaft von China und anderen Drittstaaten, und welche konkreten Maßnahmen wird die Bundesregierung ggf. ergreifen, um dieser wirtschaftlichen Abhängigkeit von China und anderen Drittstaaten entschlossen entgegenzutreten?
5. Wie bewertet die Bundesregierung die Lieferengpässe und die deutsche Lieferabhängigkeit von industriellen Basis- und Spezialmetallen im Hinblick auf die deutsche gesamtwirtschaftliche Ausgangslage vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges?
6. Plant die Bundesregierung konkrete Maßnahmen, um die Auswirkungen des Rohstoffmangels und der Rohstoffabhängigkeit als auch die Lieferengpässe und Lieferkettenabhängigkeit Deutschlands zu beseitigen, und wenn ja, welche?
7. Hat sich die Bundesregierung zur Möglichkeit des Rohstoffrecyclings generell eine Meinung gebildet, wenn ja, wie ist die Einschätzung der Bundesregierung dazu, dass durch gezieltes Recycling von Rohstoffen und industriellen Basis- und Spezialmetallen in Deutschland, Deutschland zu einem „Rohstoffland“ werden könnte, und hat die Bundesregierung diesbezügliche Planungen aufgenommen?
 - a) Wie gestalten sich ggf. die Pläne der Bundesregierung konkret in Bezug auf Wiederverwertung, Recycling und Wiederaufbereitung von industriellen Basis- und Spezialmetallen in Deutschland?
 - b) Wenn nein, wieso existieren seitens der Bundesregierung keine konkreten Bestrebungen?
8. Wurden seitens der Bundesregierung Gespräche mit Industrie- und Wirtschaftsverbänden und/oder Industrie- und Wirtschaftsvertretern dahin gehend aufgenommen, einer Wiederverwertung, einem Recycling und einer Wiederaufbereitung von industriellen Basis- und Spezialmetallen in Deutschland den Weg zu bereiten?
 - a) Wenn ja, welche konkreten Ergebnisse und Inhalte wurden diesbezüglich mit Industrie- und Wirtschaftsverbänden und/oder deren Vertretern erzielt?

- b) Wenn nein, warum kam es nicht dazu?
9. Welche industriellen Rohstoffe, Basis- und Spezialmetalle werden derzeit in Deutschland wiederverwertet, recycelt und wiederaufbereitet, und um welche konkreten Mengen handelt es sich dabei nach Kenntnis der Bundesregierung?
10. Verfolgt die Bundesregierung bereits konkrete Pläne in Bezug auf international nutzbare Zugänge zu industriellen Rohstoffen, Basis- und Spezialmetallen vor dem Hintergrund, dass Deutschland diese vor allem aus China bezieht, und wenn ja, welche?
11. Wurden von der Bundesregierung bereits Gespräche mit anderen Drittstaaten in Bezug auf Erschließung und/oder Importe von industriellen Rohstoffen bzw. Basis- und Spezialmetallen geführt?
- a) Wenn ja, mit welchen Drittstaaten wurden diesbezüglich Gespräche im Sinne und im Interesse der deutschen Wirtschaft und Industrie mit welchen Inhalten und Ergebnissen geführt, und welche konkreten Erkenntnisse konnte die Bundesregierung daraus gewinnen?
- b) Wenn nein, warum nicht, und sind solche Gespräche durch die Bundesregierung geplant, und wann werden diese Gespräche im Sinne und im Interesse der deutschen Wirtschaft und Industrie geführt werden?
12. Plant die Bundesregierung konkrete Maßnahmen im Sinne und im Interesse der deutschen Wirtschaft und Industrie, um die wirtschaftliche Eigen- und Selbständigkeit und Souveränität vor dem Hintergrund der globalen politischen Lage zu verbessern und wieder herzustellen, und wenn ja, welche?
13. Plant die Bundesregierung vor dem ausgeführten Hintergrund konkrete, geeignete und gezielte Maßnahmen, damit der wirtschaftliche Wohlstand in Deutschland erhalten bleibt, und wenn ja, welche?

Berlin, den 5. Mai 2022

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion